

Nun kann es nicht darum gehen, Menschen in ihrer privaten Trauer anzugreifen. Aber dies kann dem Plakat so nicht vorgeworfen werden, denn dort ist keine private Trauerfeier abgebildet. Auch ist nur schwer zu rekonstruieren, welcher konkrete Mensch in dem Sarg liegt. Und erkenntlich geht es dem Plakat nicht um diesen konkreten Toten. Insofern ist mir schleierhaft, wie das Plakat Angehörige von Soldaten in ihrer privaten Trauer verhöhnen soll.

Anders ist es allerdings, wenn sich Angehörige auf die zusätzliche Sinnstiftung des militärischen Rituals einlassen. Dann ist ihre Trauer aber legitimer Gegenstand politischer Auseinandersetzung, wie diese jede öffentliche Gedenkzeremonie nun mal ist, weil mit ihr auch Politik gemacht wird, zumal wenn es unter sich vermutlich verschärfenden Bedingungen des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr mehr tote deutsche Soldaten geben wird.

Aufschlussreich ist hierbei auch der Zeitpunkt des Beginns der jetzigen Auseinandersetzung um das Plakat. Es waren die ersten offiziell von deutschen Soldaten getöteten afghanischen ZivilistInnen, die Ende August 2008 den Legitimationsdruck bezüglich des dortigen Einsatzes deutscher Soldaten erhöhten. Es musste die schwierige Situation der Soldaten stärker herausgestrichen werden, um dem Töten Unschuldiger den Charakter eines unvermeidlichen Unfalls zu geben und es damit zugleich zu rechtfertigen. Und auch das hohe Risiko der Soldaten im Einsatz musste in den Vordergrund gerückt werden. Im Gefolge dieses Anziehens der Legitimationsschraube hat auch der Totenkult für

Soldaten stärkeren sinnstiftenden Anforderungen zu dienen, um neben der Sinnlosigkeit des Todes auch die Schuld der Soldaten zu überdecken. Und damit werden Anfeindungen des Totenrituals massiver wahrgenommen und verfolgt.

Dabei sind wir vermutlich erst am Anfang einer Entwicklung des verstärkten Rückgriffs auf das Totenritual durch Bundeswehr und Politik. Markantes Zeichen hierfür ist das Ehrenmal für die im Dienst gestorbenen Soldaten der Bundeswehr, das in Berlin entsteht. Dieses Ehrenmal ist ein in Stein gegossenes Totenritual und soll als Bühne für vermehrte Aufführungen desselben dienen. Schon in seiner Grundstruktur erinnert das Ehrenmal an einen griechischen Tempel, verpackt in ein Bronzebleid, aus dem Erkennungsmarken als Todessymbol ausgestanzt sind. Es gibt einen Weihstein im Inneren als Altar und außen die Aufschrift: »Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit«.

Sicherlich bedarf es auch der argumentativen Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegspolitik, die deren verheerende Folgen aufzeigt und mögliche Alternativen benennt. Daneben müssen aber militärische Rituale ernst genommen werden in ihrer kriegsfördernden Wirksamkeit. Die Sinnstiftung des militärischen Totenrituals zu zersetzen, wie dies das Plakat leistet, muss ein zentrales Moment antimilitaristischer Arbeit sein.

Eugen Januschke ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.



Jürgen Rose

Vernetzte Sicherheit und »Comprehensive Approach«

Die schleichende Paramilitarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik

Eine Entwicklung ohne Sicherheit« – dieses Mantra läßt das sicherheitspolitische Establishment gebetsmühlenhaft immer dann erklingen, wenn es um die Legitimation der immer unheilvoller verlaufenden Nato-Mission am Hindukusch geht. Vor jeder Kamera und jedem Mikrofon propagiert deshalb Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung das Schlagwort von der »vernetzten Sicherheit«. Dasselbe meinent sprechen die Nato-Offiziellen vom »Comprehensive Approach«, den es in Afghanistan umzusetzen gelte. Was aber verbirgt sich wirklich hinter diesen Termini technici?

Das Konzept der »vernetzten Sicherheit« wurde einer staunenden Öffentlichkeit im »Weißbuch der

Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr« von 2006 präsentiert. Endgültig festgeschrieben wird dort die »Transformation« der Bundeswehr von einer klassischen Abschreckungs- und Verteidigungstruppe zur postmodernen Interventions- und Angriffarmee mit globalem Auftrag. Der Schlüsselbegriff zum Verständnis dieser Entwicklung lautet: Entgrenzung – und zwar in vielfacher Hinsicht.

Zunächst manifestiert sich diese in einem geographisch wie inhaltlich »globalisierten« Sicherheitsbegriff, zu dem im Weißbuch 2006 ausgeführt wird: »Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden. Dem vereinigten Deutschland fällt ei-

ne wichtige Rolle für die künftige Gestaltung Europas und darüber hinaus zu.« Eine Gestaltungsrolle unter Einschluss militärischer Gewaltmittel wohl-gemerkt, denn schließlich konstituieren die deut-schen Streitkräfte und ihr Gebrauch den zentralen Gegenstand jedes Weißbuches. Nahezu beliebig, quasi allumfassend dehnen die Weißbuch-Autoren das Verständnis von Sicherheit aus, wenn sie an sel-ber Stelle formulieren: »Nicht in erster Linie militä-rische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur in multinationalem Zusammenwirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann da-her weder rein national noch allein durch Streit-kräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist viel-mehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetz-ten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Be-wusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu ent-wickeln ist.«

Mit diesem rhetorischen Kunstgriff einer tauto-logischen Ausweitung des Sicherheitsbegriffs wird versucht, dem angesichts der real existierenden weltpolitischen Problemlagen ernüchternd inef-ferktiven militärischen Instrumentarium eine Legi-timität zu bewahren, die eigentlich längst obsolet geworden ist. Darüber hinaus betont das Weiß-buch unter dem Schlagwort der »vernetzten Sicher-heit« die Notwendigkeit für eine »noch engere In-tegration politischer, militärischer, entwicklungs-politischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizei-licher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.«

Jeder soll mit jedem zusammenarbeiten, sowohl zivile und militärische, als auch nationale und inter-nationale Akteure, um irgendwie Sicherheit im glo-balen Maßstab herzustellen – was immer auch da-runter zu verstehen sein mag. Nahezu identische Konzeptionen verfolgt auch die Nato. Schon 2006 hat der Nato-Rat in seiner »Comprehensive Political Guideline« einer engen zivil-militärischen Zusam-menarbeit herausragende Bedeutung beigemessen. Denn was die internationalen Einsätze der Alli-anz anging, hatten die Verbündeten die »wachsen-de Bedeutung von Stabilisierungsoperationen und militärische Unterstützung von Wiederaufbaube-mühungen im Anschluss an einen Konflikt« er-kannt. Allzu deutlich illustriert die sowohl im Irak als auch in Afghanistan desolante Lage, dass es längst nicht mehr genügt, lediglich einen Feldzug zu ge-winnen. Entscheidende Bedeutung besitzt viel-mehr, dass auch die anschließende Besatzung funk-tioniert. Und hierfür werden eben nicht nur schwerbewaffnete Soldaten zur Aufstandsbekämp-fung benötigt, sondern vornehmlich Entwick-lungshelfer, Juristen, Ingenieure, Lehrer und Poli-zisten für den zivilen Wiederaufbau. Genau darauf zielt der so emphatisch propagierte »Comprehensi-ve Approach« ab. Dessen Kernelement bildet die so

genannte »Civil-Military Cooperation«, kurz Cimic, wie es im Nato-Jargon heißt. Das deutsche Konzept der »vernetzten Sicherheit« nennt dasselbe zivil-militärische Zusammenarbeit, kurz ZMZ.

■ Der Kurzschluss im Denken

Hinter dieser so harmlos und friedfertig klin-genden Terminologie verbirgt sich freilich ein ganz gewaltiger Pferdefuß. Denn unter dem Deck-mantel der zivil-militärischen Zusammenarbeit oder Cimic vollzieht sich die schleichende Parami-litarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik. Der Grund dafür ist darin zu suchen, dass im Rah-men dieser Konzepte die ursprünglich nicht-mili-tärischen Instrumente genau wie die zivilen Akteu-re nunmehr in verstärktem Maße der Militärlogik untergeordnet werden. So lässt sich in Afghanistan beobachten, dass Sicherheit immer mehr vor Ent-wicklung und Wiederaufbau rangiert.

Durch diesen Trend zur »Versicherheitlichung« aber werden Konfliktursachen und Probleme, die eigentlich ökonomischer und sozialer Natur sind und militärisch gar nicht bearbeitet, geschweige denn gelöst werden können, plötzlich zum Gegen-stand von Sicherheitspolitik erklärt und in der Fol-gue zu einem Aufgabengebiet des Militärs umdefi-niert. Mit mehr oder weniger sanfter Gewalt wer-den die zivilen Akteure dazu gebracht, ihre Sicht der Dinge sicherheitspolitisch zu reformieren oder besser: zu deformieren. Solchermaßen wird das Denken in nicht-militärischen Kategorien immer weiter zurückgedrängt und zugleich auf die vorgebliche »ultima ratio« militärischen Agierens um-programmiert. Dieser Kurzschluss im Denken ver-hindert freilich die unabdingbare Frage nach den Konfliktursachen und blockiert so die schwierige Suche nach gewaltfreien und strukturellen Lösun-gen.

Die Ironie dieses Prozesses der »Versicherheitli-chung« liegt darin, dass mit der Erweiterung des Si-cherheitsbegriffs ursprünglich eine völlig andere, ja gegensätzliche Zielrichtung verbunden war. Da-durch, dass Sicherheit nämlich umfassend oder ganzheitlich definiert wurde, sollte die Reduktion auf die vorherrschende verengte militärische Per-spektive überwunden werden. Und zwar auf zweierlei Weise: Zum einen kam es darauf an, die Rele-vanz von nicht-militärischen Themenfeldern da-durch zu steigern, dass sie zu Sicherheitsproble-men avancierten. Zum anderen verband sich mit ei-nem umfassend verstandenen Sicherheitsbegriff die Hoffnung auf eine Zivilisierung der Sicherheits-politik. Erreicht werden sollte dies, indem nicht-militärische Instrumente einbezogen und aufge-wertet wurden sowie durch mehr kooperative an-stelle von konfrontativen Handlungsweisen.

Anstelle der erstrebten Zivilisierung der Sicher-heitspolitik hat gerade die Erweiterung des Sicher-heitsbegriffs ihrer durchgreifenden Militarisie-

rung Tür und Tor geöffnet. Letztlich ist es dem Militär gelungen, das Sicherheitsverständnis nahezu vollständig – umfassend eben – zu usurpieren. In dieser militärischen Logik dient der umfassende Sicherheitsbegriff konsequent zu Ende gedacht der mentalen Vorbereitung des totalen Sicherheitsstaats und die vernetzte Sicherheitspolitik seiner institutionalisierten Absicherung.

Angesicht dieser gelinde ausgedrückt bedenklichen Entwicklung scheint es mehr als angebracht, über einen Rückverweis des Militärs auf seine originäre Funktion nachzudenken. Und diese besteht im Schutz des Staates und seiner Bürger vor äußerer Bedrohung. Seinem Wesen nach ist dieser Auftrag defensiv, nicht offensiv. Daraus wiederum

folgt, dass die Sicherheit Deutschlands eben nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern in Deutschland.

Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr und Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises »Darmstädter Signal«, eines Zusammenschlusses kritischer ehemaliger und aktiver Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, der sich u.a. für den absoluten Vorrang präventiver ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Maßnahmen, eine Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzt sowie die Teilnahme der Bundeswehr an »friedenserzwingenden militärischen Kampfeinsätzen« ablehnt.



Klaus Pfisterer

KDV-Statistik 2008

Die Zahl der KDV-Anträge ist 2008 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Mit 156.258 Anträgen (Vorjahr: 161.448) fiel die Zahl um 3,21 Prozent. Die Zahl der Anerkennungen ging ebenfalls zurück, auf 106.717 (Vorjahr 111.740). Der Rückgang der KDV-Anträge ist auf das Antragsverhalten von Ungedienten zurückzuführen, deren Anteil um 4,61 Prozent auf 141.629 (Vorjahr 148.467) sank. Die Zahl der Vorbenachrichtigten und Einberufenen ist erneut um 13,67 Prozent auf 10.925 (Vorjahr: 9.611) gestiegen. Weiter zugenommen hat die Zahl der verweigernden Soldaten auf 3.503 (Vorjahr 3.119), ein Plus von 12,31 Prozent. Der Anteil der Reservisten verrin-

auf die Initiative der Verteidigungspolitiker der Großen Koalition zurückzuführen. Es sollen möglichst alle Jugendlichen eines Jahrgangs gemustert werden, damit zumindest in dieser Hinsicht das »Gleichheitsgebot« eingehalten wird. Unterm Strich leisten dadurch mehr Wehrpflichtige ihren Zivildienst, bei den Grundwehrdienstleistenden besteht weiterhin ein deutliches Überangebot an zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen.

Von den 467.786 durchgeführten Musterungen wurden 456.546 Musterungen durch die Vergabe eines Tauglichkeitsgrades abgeschlossen. 11.240 Musterungen waren noch nicht abgeschlossen. Trotz erhöhter Musterungszahlen ist die Zahl der

Wehrdienstfähigen gesunken. Von den abgeschlossenen Musterungen wurden gerade mal 53,3 Prozent für tauglich befunden (243.166 Wehrpflichtige), 43,7 Prozent oder 199.667 Wehrpflichtige wurden als nicht wehrdienstfähig eingestuft. Nur ein kleiner Teil von 13.713 Wehrpflichtigen war vorübergehend nicht wehrdienstfähig (3 Prozent).

Legt man die Tauglichkeitsquote zugrunde, werden von diesen rund 13.700 Wehrpflichtigen rund 6.000 Wehrpflichtige letztlich als untauglich ausgemustert.

Die Zahl der nicht wehrdienstfähigen Wehrpflichtigen steigt Jahr für Jahr und führt zu dem Schluss, dass nahezu jeder zweite junge Mann in Deutschland für den Dienst in der Bundeswehr untauglich ist.

Monat	2004	2005	2006	2007	2008
Januar	34.311	33.870	35.000	37.000	45.060
Februar	31.779	33.830	32.000	36.000	43.475
März	41.872	32.940	37.000	43.000	36.202
April	32.263	34.400	26.000	33.000	45.582
Mai	27.752	26.600	31.000	37.000	32.733
Juni	31.880	33.290	22.000	39.000	41.973
Juli	33.838	29.210	28.000	42.000	40.302
August	28.834	28.480	29.000	37.000	34.307
September	33.275	31.510	29.000	34.000	39.465
Oktober	30.868	29.050	30.000	41.000	42.333
November	32.085	30.050	36.000	43.000	38.194
Dezember	28.141	28.170	25.000	29.000	28.160
Gesamt	386.898	371.400	360.000	451.000	467.786
Davon					
Abgeschlossene Verfahren	369.745	345.840	347.000	451.000	456.546
Wehrdienstfähig	235.676	211.340	208.000	247.600	243.166
Vorübergehend nicht wehrdienstfähig	9.089	25.760	30.000	14.400	13.713
Nicht wehrdienstfähig	124.980*	108.740	109.000	189.000	199.667

Zahl der Musterungen. Quelle: Pressestelle BMVg (12.02.2009); * enthält auch die T-3-Gemusterten.

gerte sich auf 201 Anträge (Vorjahr 251). Die Zahl der Musterungen erhöhte sich noch einmal um knapp 4 Prozent auf 467.786 (Vorjahr: 451.000).

Im Jahr 2008 wurden noch einmal mehr Musterungen durchgeführt als in den Vorjahren. Dies ist